

Lars Rensmann*)

Wir Israelkritiker

Kosmopolitismus und verdrehter Orientalismus

Keine andere Bevölkerung wird öfters mit Nazis gleichgesetzt als die israelische. Solche Dämonisierung gehört längst zum Arsenal des Antisemitismus. Und sie verweist auf einen verdrehten »Orientalismus«, dem der Nahe Osten als Projektionsfläche dient.

Googelt man schlicht »Israel« oder »jüdischer Staat«, wird man schnell fündig: das World Wide Web wimmelt nur so von antisemitischen Karikaturen, die Juden als hakennasige Drahtzieher oder als Spinnen darstellen, die darauf aus sind, mit Hilfe des Standorts Israel die Welt zu beherrschen, und die das Blut palästinensischer Kinder in Matzenbrot verbacken. Doch solche Bilder sind nicht auf das Internet beschränkt. Unter der Überschrift »Gaza 08-09« zeigte z. B. Walter Hermann, der Betreiber einer »Klagemauer« aus Pappe am Kölner Dom, öffentlich einen durch den Davidsstern deutlich gekennzeichneten Juden ohne Gesicht, vor ihm auf einem Teller ein kleiner, blutender palästinensischer Junge, den der Jude mit Messer und Gabel verspeist – das Messer mit »Gaza«, die Gabel mit der US-Flagge gekennzeichnet, daneben steht ein Becher mit Kinderblut. Eine von einem Bürger erstattete Anzeige wegen Volksverhetzung führte zu nichts. Die Kölner Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren ein, da sich die Karikatur nicht gegen deutsche Juden richte und zudem lediglich eine »polemische Kritik an der israelischen Armee« darstelle.

ANTISEMITISCHE ISRAELKRITIK

Eines der beliebtesten Motive solch antisemitischer »Israelkritik« ist die Darstellung von jüdischen Israelis als Nazis. So etwas findet sich in allen Variationen, von amateurhaften Collagen auf einer deutschen Website, dem von der deutschen Sektion der IPPNW Deutschland (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges) per Spendenaufruf unterstützten »Palästina Portal«, das Ehud Olmert vor kurzem in SS-Uniform zeigte, bis zur zweitgrößten spanischen Tageszeitung »El Mundo«, die 2008 diagnostizierte, Israel lebe vom »Geld der Toten«, während es gerade einen »zweiten Holocaust« beginge. Auch die seit Jahren grassierende Rede vom »Konzentrationslager« Gaza unter israelischer Herrschaft hat es längst in den Mainstream geschafft – ungeachtet dessen, dass die Lebenserwartung in

*) Lars Rensmann ist DAAD-Professor für Politikwissenschaft an der Universität von Michigan (Ann Arbor) und forscht u. a. zu den Themen Antisemitismus, Globalisierung und Kosmopolitismus. Jüngst erschienen ist »Gaming the World: How Sports are Reshaping Global Politics and Culture« (Princeton, NJ: Princeton University Press, 2010, mit Andrei S. Markovits) und »Politics and Resentment: Antisemitism and Counter-Cosmopolitanism in the European Union« (Leiden und Boston: Brill, 2011, mit Julius H. Schoeps).

Gaza höher ist als etwa im benachbarten Ägypten und sich Israel vor Jahren aus Gaza zurückgezogen hat. Umso erstaunlicher ist es bei solch versammelter Wut, dass von den schärfsten Israelkritikern beharrlich behauptet wird, man dürfe Israel nicht kritisieren.

In der Tat: Kein anderer Staat und keine andere Bevölkerung werden öfters mit Nazis gleichgesetzt – und dabei dämonisiert und entmenschlicht – als Israel und seine Bürger. Diese Gleichsetzung, die den Holocaust verharmlost und seine Opfer verhöhnt, wird zurecht von der European Union Agency for Fundamental Rights als antisemitisch klassifiziert. Dass die NS-Analogie und die Rede von Völkermord und »Konzentrationslagern« grotesk ist, weiß man auch in Gaza selbst, wo es viele Palästinenser eher als herabwürdigend ansehen, wenn man z. B. behauptet, es gebe Essensmangel oder Hunger; so als kämpften sie um Subsistenzfragen, nicht gegen Unsicherheit und »für besseren Lebensstandard« (so ein Palästinenser gegenüber der »New York Times«).

KONTRASTE – ÖFFENTLICHE MEINUNGEN IN EUROPA UND IM NAHEN OSTEN

Doch um die Palästinenser und ihre Interessen geht es eben bei solchen ideologischen Phrasen und Vorstellungen nicht. Es passt nicht in solch antisemitische Bilderwelten, dass eine große Mehrheit der arabischen Israelis ihre israelische Staatsbürgerschaft nicht gegen eine palästinensische tauschen wollte. Auch dürfen unter dem ideologisierten Blick auf den Nahostkonflikt Interessen und Meinungen der Palästinenser keine Rolle spielen. Viele Medien sind dabei auffällig desinteressiert (und mit ihnen erst recht viele vermeintlich »pro-palästinensische« Organisationen in Deutschland und Europa), wenn es repräsentative Meinungsumfragen unter Palästinensern gibt. Nehmen wir eine im Januar 2011 veröffentlichte Umfrage des US-amerikanischen Meinungsforschungsinstituts »Pechter Middle East Polls« (PMEP). Wenn demnach Ostjerusalem international als Teil Israels anerkannt würde und die arabischen Bewohner die Wahl hätten, in Israel oder einem neu gegründeten Palästinenserstaat zu leben, dann würde die Mehrheit von ihnen lieber im jüdischen Staat bleiben. Befragt wurden über 1.000 Araber aus dem Ostteil Jerusalems. Nur rund ein Viertel der Teilnehmer würde in einen Palästinenserstaat umziehen, falls Ostjerusalem im Rahmen eines Friedensabkommens Teil Israels bliebe. 54 Prozent gaben an, sie würden dann weiterhin in Israel leben wollen. Falls ihr Stadtviertel Teil eines palästinensischen Staates werden würde, würden sogar 40 Prozent versuchen, nach Israel zu ziehen, etwa 37 Prozent würden in Palästina bleiben. Als Begründung nannten die meisten Umfrageteilnehmer eine bessere Gesundheitsversorgung und bessere Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten in Israel.

Doch die Meinungsforschung in Deutschland und Europa belegt, dass sich viele gegenüber solchen differenzierten sozialen Daten und Realitäten des Nahen Ostens immun zeigen. Pauschale Täter-Opfer-Zuschreibungen, die Israel als Verbrecherstaat für alle Probleme verantwortlich machen, sind populär. Mit der sozialen Wirklichkeit vertragen sie sich nicht. So meinen laut einer Studie des Bielefelder Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung über zwei Drittel der deutschen Bürger, Israel führe einen »Vernichtungskrieg« – ein Begriff, der eindeutig historisch mit dem Krieg der Nazis gegen die Juden besetzt ist. Und 51,2 Prozent der Befragten meinen: »Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.« Vor diesem Hintergrund zu behaupten, wie z. B. Daniel Bax in der Berliner »tageszeitung« vom 27. Juli 2010, dass »viele Deutsche« sich für die »Propaganda« von »Israels rechter Regierung« empfänglich zeigten, welche »den Holocaust für ihre Politik« instru-

mentalisiere, stellt die Kräfteverhältnisse der realen, auch der medialen Meinungsmacht in Deutschland und Europa auf den Kopf. Denn sogar in Teilen der Politik finden wir die propagandistische Behauptung, Israel führe »Vernichtungskriege«. So erklärte der Politiker der Partei »Die Linke«, Norman Paech, in einem Interview, Israel führe einen »unzulässigen Vernichtungskrieg gegen Milizen und Bevölkerung im Libanon«. Abgesehen davon, dass bei allen Fehlern jener Regierung der oft wiederholte pauschale Vorwurf, Israel sei gegen den Frieden, von einem weit verbreiteten Umgang mit Fakten kündigt, den man sich etwa gegenüber China, Russland oder der Türkei nicht erlauben würde.

RENAISSANCE DES ANTISEMITISMUS IN NEUEM GEWAND

Dabei trägt die entmenschlichende Darstellung von Israelis und Juden, die allzu oft für jedes Problem im Nahen Osten verantwortlich gemacht werden, längst auch in Europa zu einer Renaissance des manifesten Antisemitismus bei. Nur ein paar aktuelle Beispiele: Malmö einziger Rabbi wurde allein in sechs Jahren Opfer von 50 antisemitischen Vorfällen. Viele Juden fühlen sich von der Stadtregierung, die selbst ein israelisches Davis Cup-Match boykottierte, im Stich gelassen und ziehen wegen eines zunehmend judenfeindlichen Klimas weg. Auch aus Norwegen wandern etliche der wenigen verbliebenen Juden aus, weil ihre Kinder bedroht werden. In Rom haben Gewerkschafter zum Boykott lokaler jüdischer Geschäfte aufgerufen. Im traditionell so weltoffenen Amsterdam dokumentierte ein Filmteam mit versteckter Kamera den mit Anfeindungen, Diskriminierungen und Hitlergrüben gespickten alltäglichen Gang eines Rabbiners durch die Stadt. Alles nur »alte Wunden«, jüdische Paranoia und ungerechtfertigte »Antisemitismuskeulen«, wie gerne nicht mehr nur von notorischen Freizeitantisemiten behauptet wird? Oder »nur Antizionismus« und »Widerstand gegen israelische Besatzungspolitik«, wie gerne von professionellen »Israelkritikern« reklamiert wird?

Selbstverständlich ist Kritik an Regierungen und der Politik von konkreten Akteuren legitim. Solche Kritik gehört nicht nur zu einem linken Selbstverständnis, sondern zu einer kritischen demokratischen Öffentlichkeit. Es ist auch und gerade in einer globalisierten Welt ebenso selbstverständlich, dass sich solche Kritik nicht nur auf die »eigene« nationale Regierung konzentrieren muss. Israel ist davon nicht auszunehmen. Aber wer tut dies ernsthaft? Universale Menschenrechte sind ein wichtiger Maßstab kosmopolitischen Bewusstseins. Dazu gehört, gegen die Diskriminierung von Minderheiten, Palästinensern und Muslimen einzutreten, hierzulande und im Nahen Osten. »Israelkritik« – gibt es eigentlich auch etwas wie »Ägyptenkritik«? – ist aber bei vielen zu einer Obsession geworden, die in der Tat mit hin eine neue Spaltungslinie markiert. Sie verläuft quer zu »rechts« und »links« und scheint tradierte politische Berührungspunkte in merkwürdigste neue Allianzen zu überführen. So gibt es Linke, die sich für die rechtsextrem-antisemitische Hisbollah begeistern, und Rechtsradikale, die sich an linken Antiimperialisten erfreuen, die auf »Gaza-Demos« mitmarschieren, auf denen auch schon einmal unwidersprochen »Tod den Juden« skandiert wird. Natürlich gibt es auch – wenn auch wenige – pro-israelische Linke sowie eine Minderheit von Rechtspopulisten wie die österreichische FPÖ oder der belgische Vlaams Belang, die sich jüngst auch einmal pro-israelisch gebärden. Die Musik spielt aber woanders – in neuen ideologischen Bündnissen zwischen rechtsextremen, links-antiimperialistischen und islamistischen Gruppen. Hier ist die Rede von jüdischen Israelis als »Zionazis« oder vom »Nationalzionismus« (»Rote Fahne«) besonders beliebt. Israel und der Nahe Osten sind dabei

vor allem Projektionsflächen, die von Freizeitantisemiten, neuen Rechtsradikalen, linken Antiimperialisten und autoritären Islamisten in geradezu identischem Jargon genutzt werden. Nach den jüngsten Steinwürfen arabischstämmiger Kinder und Jugendlicher auf eine jüdische Tanzgruppe in Hannover hat der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, auf solche ideologischen Überschneidungen zwischen der Neonazi-Szene und islamistisch geprägten Migranten-Milieus in Deutschland hingewiesen. Rechtsextremisten und Islamisten verbinde »ein gemeinsames Feindbild: Israel und die Juden insgesamt.« Doch mehr noch: Wenn es um Israel geht, teilen nicht nur Radikale, sondern auch Teile der bürgerlichen Mitte oft erstaunliche Vorurteile und Ressentiments. »Israelkritik« ist dabei nicht selten das legitime Ventil, um Antisemitismus auszudrücken.

PROJEKTIONSFLÄCHE NAHOST

Obleich nun »Antizionismus« nicht automatisch antisemitisch sein muss, geht ausgeprägte Israelfeindschaft sehr oft mit Antisemitismus einher. Wie eine Studie von Edward H. Kaplan und Charles Small zeigt, sind Befragte mit ausgeprägt anti-israelischen Einstellungen um ein Sechsfaches eher antisemitisch als Befragte, die keine anti-israelischen Aussagen unterstützen. »Antizionismus«, der im Übrigen auch mit Rassismus korreliert, ist eben heute vielfach ein eingezurrtes ideologisches Weltbild, das Menschen immun macht dagegen, die komplexe Wirklichkeit im Nahen Osten wahrzunehmen. Und solcher Israelhass ist ein Medium, um antisemitische Ressentiments publik zu machen, die man sonst aus Angst vor gesellschaftlichen Sanktionen nicht öffentlich ausdrücken würde.

Der geradezu zwanghaft vorgetragene NS-Vergleich (und damit verknüpfte Metaphern) ist dafür nur ein, wenn auch der stärkste Hinweis. Hierin spiegelt sich mithin eine historische Täter-Opfer-Umkehr, die in Deutschland und Europa auch der Sehnsucht nach Schuldentlastung entspringen kann, nach dem Motto: »Seht her, die Juden sind doch auch nicht besser« (... als die Deutschen früher respektive die europäischen Kolonialmächte). Dazu müssen von vornherein und immer die Juden schuld sein an allem, was im Nahen Osten passiert. Selbst Terrorakte der Hamas oder Hisbollah gegen die israelische (und palästinensische) Zivilbevölkerung und blinde Raketen auf Städte wie Sderot werden in ideologisch festgefahrener »Israelkritik« dann als unvermeidliche »Reaktion« auf den israelischen »Staatsterrorismus«, auf Israels vermeintliche »Apartheidspolitik« oder eben das abgrundtief böse Wesen der »Nationalzionisten« gedeutet oder gar als »Widerstand« glorifiziert. Ja sogar für den Antisemitismus sollen »die Juden« verantwortlich sein. Denn wenn es ihn denn überhaupt noch gäbe, sei er heute – so die antizionistische Sicht – schlicht eine Folge von Israels Politik. Nur Vollnazis würden indes behaupten, dass z. B. das Verhalten eines afrikanischen Diktators Rassismus »verursacht«. Beim Blick auf Israel ist ein solcher Denkmechanismus aber geradezu ubiquitär, obschon in Wirklichkeit nicht das Verhalten von Individuen, Gruppen und Staaten, sondern allenfalls öffentliche Diskurse über Gruppen und Staaten Rassismus oder Antisemitismus erzeugen oder verstärken können.

ISRAEL UND DER VERDREHTE »ORIENTALISMUS«

Vergleiche mit den NS-Verbrechen hinken eigentlich immer, wie wir aus der vergleichenden Genozidforschung wissen. Indes: Wenn die Hamas die »Protokolle der Weisen von

Zion« als Wahrheit über »jüdische Weltherrschaft« propagiert, Karikaturen aus dem »Stürmer« kopiert und Kinder indoktriniert, zum Märtyrer zu werden und »die Juden zu töten«; oder wenn das iranische Regime, das es mit der Wahrheit in etwa so ernst nimmt wie mit den Menschenrechten, den Holocaust leugnet und zur Vernichtung des Judenstaates aufruft – dann ist es ja nicht in erster Linie die israelische Regierung, die historische Bezugspunkte zum Nationalsozialismus herstellt. Die Akteure selbst stellen sich in diese Tradition; und Hamas und Hezbollah z. B. geben sich auch keine Mühe, ihren Judenhass zu verschleiern. Der radikale Antisemitismus, die Holocaustleugnung und die Drohungen gegen Israel seitens dieser Akteure sind eben keine Schimäre; sie sind real. Es ist legitim und notwendig, sie zu benennen. Sie primär als »Vorwand« abzutun, den Iran anzugreifen, suggeriert u. a., die Vernichtungsdrohungen Ahmadinejads und die staatliche antisemitische Phantasie von der »Welt ohne Zionismus« seien nur iranische Folklore und Rhetorikübungen.

Etlliche linke »Israelkritiker« spielen diese Gefahren und den Antisemitismus jedoch herunter. Sie schauen weg, wenn »Märtyrer« judenfeindliche Gesänge anstimmen und dem Gewaltkult der Hamas frönen, und sie fühlen sich selbst dann noch moralisch hoch überlegen, wenn sie mit türkischen Rechtsradikalen in einem Boot sitzen. Dies kündigt nicht zuletzt davon, was ich als einen »verdrehten Orientalismus« in Teilen der Linken und der Gesellschaft bezeichnen möchte. In Wiederaufnahme der romantisierenden Vorstellung vom »edlen Wilden« erscheinen dabei die Palästinenser als grundsätzlich gut und immer als Opfer, nicht aber als handelnde Subjekte mit Ideen und Verantwortung – wem freilich keine Subjektivität und Entscheidungsfähigkeit zugesprochen wird, der wird als Mensch nicht für voll genommen. Die entsprechende Schwarzweißmalerei bietet zumeist nicht nur ein Zerrbild der israelischen, sondern auch der palästinensischen Gesellschaften und ihrer inneren Konflikte, Widersprüche und Akteure. Man kann sich des Eindrucks kaum erwehren, dass hier oftmals die Palästinenser instrumentalisiert werden, um Israel zu delegitimieren und als »kollektiven Juden« pauschal anzuklagen, ja zum Juden unter den Staaten zu machen. Die konkrete Realität des arabisch-israelischen Konflikts und das weitere Schicksal von Israelis und Palästinensern spielen in solch verdrehtem Orientalismus ohnehin eine untergeordnete Rolle.

Denn wie verhält es sich mit den Menschenrechten und der Verteidigung der Rechte der Palästinenser? Wenn es um die Lebensbedingungen der Palästinenser ginge, dann müsste man immer auch von den Hinrichtungen von Dissidenten, von der Entrechtung der Frauen, von der Verfolgung von Schwulen und Lesben durch die Hamas in Gaza reden. Oder z. B. auch über die systematische Ausgrenzung der Palästinenser in Syrien oder im Libanon. Dort, wo sie immer noch Bürger zweiter Klasse sind, wo sie kein Recht haben, Eigentum zu erwerben, unter schlechter Gesundheitsversorgung leiden und von etlichen Berufen ausgeschlossen sind. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Von der Frage, wo der gesellschaftliche Aufschrei geblieben ist angesichts der schweren Menschenrechtsverletzungen in Darfur, Sri Lanka, Somalia oder Tibet ganz zu schweigen. Aber man kann sich ja nicht um jeden Konflikt in der Welt kümmern.

DER KOSMOPOLITISCHE BLICK

Die manichäischen Deutungen vieler professioneller »Israelkritiker« jedenfalls befeuern die Probleme im Nahen Osten von außen und wirken auf die deutsche Gesellschaft nach innen. Klare Feindbilder haben allerdings noch keinen Konflikt gemildert. Eine kosmopoli-

tische Sicht nimmt u. a. die Perspektive der Anderen ein; sie sollte keine Kompromisse bei Menschenrechten, bei Frauen- und Schwulenrechten, bei Antisemitismus und Rassismus machen. Eine menschenrechtliche und kosmopolitische Perspektive darf auch nicht mit zweierlei Maß messen, will sie glaubhaft sein. Dazu gehört es, den demokratischen Staat Israel gegenüber den antisemitischen und terroristischen Anfeindungen zu verteidigen, denen er ausgesetzt ist. Wer indes die sehr realen Bedrohungen Israels und seiner Bürger – und deren Entmenschlichung in global verbreiteter Propaganda – nicht ernst nimmt; wer Israel im Jargon des traditionellen Antiimperialismus entgegen allem Wissen über die menschenverachtenden, teils offen antisemitischen und aggressiven Diktaturen der Region schlechtdings zur »größten Bedrohung im Nahen Osten« stilisiert; wer dagegen den brachialen Antisemitismus von Hamas, Hisbollah und Ahmadinedjad, der letztlich auf einen neuen Genozid an den Juden zielt, als kulturelles Ornament oder bloße Reaktion auf Israels Politik verharmlost—der sollte sich doch besser zurückhalten, wenn es um die komplexen Konflikte und die fragile Aussicht auf Frieden im Nahen Osten geht.

Das neue ungarische Pressegesetz, das europaweit für heftige Kritik gesorgt hat (s. »Ungarn-Mosaik« in diesem Heft) wird geändert. Das kündigte die ungarische Regierung an und reagierte damit auf den Druck der Europäischen Union. Die Nachbesserungen im Einzelnen: Ausländische Medien werden nicht unter das Mediengesetz fallen; zur »ausgewogenen Berichterstattung« sollen nur Rundfunk und Fernsehen verpflichtet werden, nicht aber private Internetblogs; die Registrierungspflicht für Medien wird gelockert; eine Strafandrohung für »anstößige Berichterstattung« wird auf Anstiftung zu Diskriminierung und Hass beschränkt.

Die Abgeordneten des konservativen Lagers im EU-Parlament reagierten zufrieden. Der CDU-Europaabgeordnete Werner Langen erklärte: »Die Regierung Orbán hat alle Forderungen erfüllt und wird die EU-Standards zur Zufriedenheit der Kommission übernehmen. Wir werden die Umsetzung in der Praxis im Auge behalten, uns aber jetzt auf die inhaltliche Arbeit bei der laufenden EU-Gesetzgebung konzentrieren.« SPD und Grüne kritisierten dagegen die Maßnahmen. »Man darf sich nicht wundern, wenn die ungarische Regierung nur kosmetische Korrekturen anbietet. Schließlich hat die Kommission schlicht die falschen Fragen gestellt«, sagte Petra Kammerevert. Den »grundrechtsrelevanten Sprengsatz des Gesetzes« sieht die SPD-Abgeordnete im »einseitig politisch besetzten Medienrat«; bei dieser mit weitreichenden Machtmitteln ausgestatteten Aufsichtsbehörde wird es jedoch keine Änderungen geben. Der ungarische Oppositionspolitiker Gergely Karácsony (LMP) erklärte, das Gesetz müsse zu Fall gebracht werden.